

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.—. Ercheinung tägl. mit Ausnahme des Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, A. Telefon 3465. Expeditions- und Geschäftszeiten: von 12 bis 1 Uhr. Expeditions- und Geschäftszeiten: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Spaltenbreite betragend mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 13.

Dresden, Montag den 18. Januar 1909.

20. Jahrg.

Uns gleiche Recht für jedermann! Die Bluttaufe des neuen Wahlrechts.

Der Sonntag des 17. Januar ist in die denkwürdigen Tage des jählichen Wahlrechtskampfes eingezeichnet. Es war der Tag eines neuen, ersten und großen Protestes gegen den Wahlrechtsverrat der Reaktionskräfte. Es war der Tag einer begeisterten Massenkundgebung für das gleiche Wahlrecht. Es war aber auch der Tag, an dem das Schandverbot der jählichen Wahlrechtsfeinde durch die Polizeigewalt mit dem Blute besonderem Saft getauft ward...

Das Dreiklassenwahlrecht von 1849 ist im Verenden. Nach 12 jährigem erbittertem Ringen hat die sächsische Arbeiterklasse dieses Schandgesetz niedergebrennt. Vor 12 Jahren ward es von den Reich und Reichern und Schill als rettende Lanze gepriesen. Jetzt ist es von allen preisgegeben und es wird in die Kumpfkammer der Geschichte geworfen. Aber an seiner Stelle erkennen die Privilegiertenklassen Sachsens eine neue Wiffheit. Sie müßten das indirekte Dreiklassenwahlrecht, das das Wahlrecht von 80 Prozent der Wähler illusorisch machte, aufgeben, aber sie wollen in neuer trügerischer Form dieselben Vorrechte sich bewahren.

Nach endlosem Streit der Sonderinteressen, nach widrigem Gejähne um jedes Mandat, nach einer tragikomischen Wahlrechtsqual sondergleichen wurden schließlich Regierung, Konserverliberale und Nationalliberale handelseins darüber, welches neue Wahlrecht dem sächsischen Volke beschert werden soll. Die Angst vor dem obliegen Risiko hat sie getrieben, nun doch etwas fertig zu bringen.

Ein Pluralitätssystem

Es ist geschaffen worden, das die Staatsbürger nicht mehr in drei, sondern in vier Klassen teilt, das nach dem Maße des Geldbesitzes das politische Grundrecht bemißt, das die oberen Hunderttausend zu Vollbürgern und die übrige Wählerschaft zu Dreiviertels-, Halb- und Einviertelbürgern herabwürdigt. Für Beamte, selbstständige Gewerbetreibende und am meisten für Haus- und Grundbesitzer sollen noch besondere Vergünstigungen gegenüber den anderen Wählern gegeben werden. Die Ein- und Zweistimmigen, die Klassen der Wähler, sollen feils durch die privilegierten Dreiviertel- und Vierstimmigen überstimmt werden können. Die Einstimmigen vollends sind gänzlich dem erdrückenden Übergewicht der Bevorzugten überantwortet. Das ist die Wahlreform, die man dem Volke bietet! Es ist keine Reform; es ist die alte Bekannte Reaktion, die sich in das neue Robelland der Stimmen-Pluralität hüllt!

Die Nationalliberalen, die vor Weihnachten in der Zweiten Kammer gegen die konserverliberalen Vorschläge (Ein- und Vierstimmigenwähler) mit wilder Gebärde anstürmten, weil auch kleinere Gewerbetreibende mit dem Rechte auf eine Rechtsstufe gestellt werden sollten, sie pressen jetzt das neue System der Klassen-Pluralität, und in frecher Verhöhnung der sich dahinschleppenden Arbeiterklasse haben sie noch die Alterszusatzstimme hineingebracht für diejenigen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben. Der nationalliberale Landgerichtsdirektor Petzner, der schnell zu trauriger Berühmtheit emporgedröh, hat erklärt, auch die Arbeiter könnten befriedigt sein, denn sie würden einen größeren politischen Einfluß erlangen; es ist auch gesagt worden, die Sozialdemokratie könne es unter dem neuen System auf 10 Mandate unter 91 bringen. Wir glauben nicht, daß diese Voraussage sich verwirklichen kann. Sie ist jetzt nur dazu bestimmt, dem neuen Schandgesetz einen besseren Schein anzuschmücken. Aber auch wenn sie sich verwirklichen ließe: die Arbeiterklasse begehrt nicht nach einigen Brosamen, die ihr zugeworfen werden, sie fordert das Volkes Recht, das Grundrecht jedes modernen Kulturvolkes, das gleiche Wahlrecht für jedermann!

Die Dresdner Arbeiterschaft

hat geföhrt gegen das neue Wahlrecht nachmals mit ganzer Enthusiasmus und Leidenschaft: Widerspruch erhoben. Die Versammlungen, alle im Innern der Altstadt, waren überfüllt und wurden polizeilich abgesperrt. Auch aus der Neustadt und aus den Industrievierteln des letzten Kreises waren zahlreiche Besucher herzugewandert. Die Redner geißelten in fiammenden Worten die vorkriegsliberale Politik der Hohenzollernschen Regierung und der kapitalistischen Parteien. Ueberall wogte eine kampfesfrohe Stimmung in den Massen. In jedem Arbeiterherzen glöhte das Empfinden verletzter Menschenwürde und das Gelübde, denen, die das Volk entrechteten, Trug zu bieten aus aller Kraft.

Die Klassen der Versammlungsbefucher strömten dann hinaus auf die Straßen der inneren Altstadt. Die sonntäglich stillen Straßen waren alsbald voll Bewegung. Durch die Wettinerstraße, über den Postplatz, durch die Wilsdruffer Straße ging es in breiten stählernen Menschenwogen... Ueber zur Linken: dicke Polizeireihen, zahllos blühende Helme, berittene Gendarmen in Menge. Die Straalen, das Gebiet des Zwingers, der Schloßbezirk wie eine belagerte Festung umgürtet und verteidigt. Wen galt es da zu verteidigen und abzusperren? Es hat sich gezeigt, daß der Staatssekretär des Reichskolonialamts

Dernburg

zur gleichen Stunde im Gewerbehause vor den Honoratoren der Stadt einen Kolonialvortrag erteilte. Der König war dazu gemeldet. Zu diesem Zwecke das massenhafte Aufgebot der Polizei. Wohl gemäß dem Worte: Nicht Ross noch Reifige schützen die feile Höl, Liebe des Volkes allein...

Welch Gegenjahr! Dort der Blauderer der Kolonialwunder, der von Diamanten berichtet, die vielschicht einmal in ferner Zone zu finden seien. Hier das arbeitende Volk im eigenen Land den besten Edelstein fordernd, den Edelstein des Rechts und der Gerechtigkeit!

Das Blutvergießen

An den Polizeireihen vorbei gelangten die Massen des Volkes auf den Altmarkt. Der weite Platz ward dicht besetzt, die Rednertröten nicht minder und zahllose Male erbrauste stimmungsgewaltig der Hochruf auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht...

Da sah sich eine zahlreiche Menge in die Schloßstraße gedrängt. Sie stieß auf eine Polizeireihe, die das Schloß zu "sichern" hatte. Die Menge stand still und staunte sich. Die Polizei mußte erkennen, daß es unumgänglich war, ohne weiteres rüchwärts zu gelangen. Aber ein junger Leutnant, der dort die Truppe befehligte, verlor die Besinnung, ließ blank ziehen. Eine wehrlose Menge. Nicht die mindeste Gefahr. Und doch ließ der Befehlshaber plötzlich seine Mannschaften mit gezückten Säbeln vorgehen, auf die wehrlose Menge einhauen. Ein fürchterlicher Tumult. Die Säbel hämmerten auf Köpfen und Weibern. Blutüberströmte stürzten die Menschen zusammen...

Dann ruhte die Polizei vom blutigen Werke. Die Arbeiter trugen die Verwundeten vom Schlachtfeld des Wahlrechts. Samariter legten die ersten Verbände an...

Noch längere Zeit wogten die Massen durch die Straßen. Ueberall wurde mit Grimm in den Mienen das blutige Geschehnis in der Schloßstraße besprochen. Und wiederum erschallten martialisch und fest die wuchtigen Rufe: Geraus das allgemeine, gleiche Wahlrecht!

Der Empfang des Königs

Und Dernburg hatte gesprochen. Die Honoratoren lehrten zurück, den harrenden Gattinnen afrikanische Diamanten heimzubringen. Die Hofstaatlichen nahden dem Postplatz. Der König kam... Einen Augenblick Kosenstille in der angeammelten, durch Schupmannsketten getrennten Masse. Und dann brauseud und immer gewaltiger anschwellend der Ruf des Volkes: Geraus mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht! Der König Sachsens hat den Ruf vernommen... Der König Sachsens lehrte in sein Schloß zurück, dessen Pforten vom Blut des Volkes träufelten...

Ein Wahlrechtssonntag! Ein Kundgebungstag des werktätigen Volkes!

Mit Volksblut getauft tritt das neue Wahlgesetz ins Dasein und nimmer wird diese Bluttaufe von ihm gewaschen werden! Schmach den Missetätern der Reaktionsparteien, die das Volk entrechteten und die Blutquid tragen!

Ehre den Opfern des Wahlrechtskampfes!

Die Versammlungen

In Weinholds Gärten wurden die Sozialisten schon 1/11 Uhr polizeilich gesperrt. Sämtliche Räume waren bis auf den letzten Winkel besetzt, auch die Bühne war zum Teil mit in Anspruch genommen. Viel mehr Leute als in den Saalräumen untergebracht werden konnten, mußten draußen bleiben; bald war auch die große Parkterre-Restoration überfüllt, große Scharen aber fluteten die König-Johann-Straße herein, und nach einer der anderen Versammlungen zu gehen. Der Referent, Genosse Fleischer, geißelte unter fürchterlicher Zustimmung den neuesten Wahlrechtswechsel und das Verhalten der bürgerlichen Parteien, besonders das der Nationalliberalen. Er beleuchtete ferner die allgemeine politische Situation unter Berücksichtigung der Wahlrechtsfrage und zog Parallelen mit dem revolutionären Bürgerturn vor 60 Jahren. Sein Appell zu weiterer intensiver Wähler- und Gewerkschaftsarbeit begeisterten überdies. Mit einem Hoch auf das freie Wahlrecht schloß die impulsive Versammlung; unter dem Gesang des Sozialistenmarsches leerte sich der Saal.

Die Versammlung im Volkshaus verlief ohne jeden Zwischenfall, obgleich sich oben im Hofkloster gegen 20 Schulleute einquartiert hatten und der Verdacht laut wurde, daß es im Saal selbst von Sozialisten wimmle. Der Saal war lange vor Beginn der Versammlung polizeilich gesperrt.

In kurzen Umrissen zeichnete Genosse Düvell den Geist der Situation. Sein Referat wurde oft durch lebhaften Zeichen der Zustimmung und auch der zornigen Entrüstung unterbrochen und stang aus in der Aufforderung, die Masse der Entrechteten zum Kampfbereits gegen das schändliche neue Unrecht zu waffnen. Die einbruchsvolle Versammlung wurde mit einem brausenden, begeisterten Hoch auf das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht geschlossen.

Im Kristallpalast waren die weiten Räume lange vor Beginn der Versammlung gefüllt und immer neue Scharen jagen heran, so daß weit über 2000 Menschen anwesend waren. Die Einbrüche übernahmen das Bureau. Genosse Kiem legte den Referenten, oft unterbrochen von lauter Zustimmung und Rufen der Entrechteten, die ganze Ungeheuerlichkeit des neuen Wahlrechtsvorschlags dar und wies auf die schlimmen Folgen weiteren Wahlrechts bis. Eine ungeheure Verärgerung und eine weitere Verschärfung der Klassengegensätze werden die unheilvolle Folge sein. Man werde sich aber dauern, wenn man glaube, nun Ruhe zu bekommen, der Wahlrechtskampf werde so lange geführt werden, bis herrschende Gesellschaft werde seine Ruhe bekommen, bis das freie Wahlrecht errungen sei. (Sämtlicher langanhaltender Beifall.) Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf das Wahlrecht schloß Genosse Richter die einbruchsvolle Versammlung. Unter dem Gesang des Sozialistenmarsches leerte sich der Saal. Draußen hatten viele Hunderte des Schlußes der Versammlung.

Auch der Saal der Zentralfeste war vor Beginn der Versammlung überfüllt und wurde durch die Polizei abgesperrt. Genosse Lehmann leitete die Versammlung und Genosse Gröbner hielt das Referat. Er kritisierte scharf das neue Wahlrecht und die Scheingründe, welche die Urheber desselben für ihr schändliches Werk anführten. Er zeigte die Gefährlichkeit des neuen Wahlrechts besonders gegen die Arbeiterklasse, die unter ein neues Ausnahmengesetz gestellt werde. Er stellte u. a. die Forderung an die Gewerkschaft, wie sie es denn mit ihrem christlichen Standpunkte vereinigen wolle, das sie 4 Wahlstimmen bekommen solle, während der arme Jesus Christus nur eine Stimme bekommen würde. Er fragte auch, wo denn die nationalliberalen Reichstagsabgeordneten fröhden, die Stresemann und Dingelde; was hätten sie nicht in höheren Redensarten bei den Wahlen gemacht, jetzt höre man nichts von ihnen, da ihre Partei das Volk schmählich entrechtete. Die Versammlung war erfüllt von großer Begeisterung und fröhlicher Kampfesstimmung. Am Schluß erkallte der Gesang des Sozialistenmarsches.

Berichte von Augenzeugen

Massen auf Massen strömten aus dem Portal des Kristall-Palastes auf der Schäferstraße. In gigantischer Menge wogte es dem Weinertplatz zu, unter dem Massengelange der Marxisten. Wie hart die Empörung über die Wahlrechtschmach jeden bejehete, zeigte sich deutlich in den Gesichtern der Entrechteten wieder, die jetzt in Tausenden der inneren Stadt zuströmten. Wie befreit denn unter den alten Kampflieber des Proletariats aus den Massen emporschwang die Schreie des Großes brachen sich die Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht an den Säulenreihen. Schen brüchten sich mit erlöschenden Gesichtern einige Späher vorüber. Genoss und würdig bewegten sich die Massen fort. In der Maxstraße zeigte sich ein hartes Gendarmenregiment, um den Durchgang nach der Oststraße zu verwehren. Mit Aufgebot, um den Durchgang nach der Oststraße zu verwehren. Mit Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht legten die Massen nach kurzen Ständen ihren Weg fort und ergossen sich in der Wettinerstraße. Wie Jungensfragen nach der Oststraße waren durch dicke Schupmannsketten gesperrt.

ne!
ortliche
kungen
v. 15 Pf. an
tionen
umb 1.80 M.
Bärte
an
rtikal
a. jeder Zeit
habilitieren
ste gratis
ppsohn
elstr. 26
elsh.
teuer
ur Zoun
str. 10.
teuer
er Wädel
der
str. 11.

Als einziger bürgerlicher Redner verteidigte der Pole Kulewski das Prinzip der reinen Arbeiterkammer und fand starke Worte gegen Privat- und Staatskapitalismus, während der freisinnige Pottbott, ein großer Sozialpolitiker vor dem Herrn, augenscheinlich die gewöhnliche Frage der Technikervertretung etwas überhäufte. Der Zentrumsmann Giesberts hielt es für seine wichtigste Aufgabe, sich an der Sozialdemokratie zu reiben, mußte sich aber trotzdem dazu begnügen, einen großen Teil der kritischen Ausführungen des Genossen Segten zu unterbrechen.

Lehrer Redner des Tages war der Genosse Severing. Er fertigte den Versuch Giesberts, Antrieben zwischen Partei und Gewerkschaften zu sein, gebührend ab und legte dann treffend dar, daß durch die Verbesserungen auch bei Befreiung des paritätischen Charakteres eine gewisse nicht müßergültige, immerhin aber doch nützliche Institution geschaffen werden könne. So ist es dringend nötig, die Arbeiter des Bergbau- und der militärischen Betriebe einzubeziehen (es sei anerkannt, daß auch Bergbau, wenn auch zum Teil, diese Forderung erhob), den Gewerkschaftsbeamten Zutritt zur Mitgliedschaft der Arbeiterkammer ebenso zu eröffnen, wie es den landwirtschaftlichen Beamten und den Berufsgenossen des Handwerks und des Handels zu den betreffenden Kammern freisteht, die Aufgaben der Arbeiterkammer zu erweitern und das verunglückte bürokratische Weiswerk zu beseitigen. Dringend notwendig ist auch, wie Severing im Einverständnis mit dem in diesem Punkte sehr anerkanntswürdigen Ausführungen Pottbotts hervorhob, das alljährlich bemessene Alter für Wahlrecht und Wählbarkeit herabzusetzen. Unsere Forderung wird im Sinne dieser Verbesserungen in der Kommission wirken, an die der Gegenentwurf nunmehr verwiesen wurde.

Am Schluß der Sitzung machte der Präsident noch Mitteilung vom Ableben des Zentrumsabgeordneten Riegenberg, dessen Andenken in üblicher Weise gedenkt wurde.

Am Montag steht der 3. und 4. Tag der Tagesordnung.

Gewerbeordnungsnovelle.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle verhandelte am letzten Freitag zunächst über einen Antrag zu § 122, der folgendes befragt:

„Zu vereinbaren, daß das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aufgelöst werden kann, so gilt das Arbeitsverhältnis für den Fall einer Kündigung als am Ende desjenigen Arbeitstages beendet, an welchem die Kündigung erfolgt.“

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen, und durch so gesteht, daß er keine genügende Rechtskraft enthält und über Vereinbarung ausgeschlossen werden kann.

Zu § 123 stellen unsere Parteigenossen den Antrag, daß bei dem Entlassungsgrund unter Ziffer 5 die Fassung dahin geändert werden soll, daß nicht jemand entlassen werden kann, der zur Fortsetzung der Arbeit unfähig ist, sondern gefordert wird, daß eine dauernde Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit konstatiert wird.

Genosse Stadthagen weist daraufhin, daß seinerzeit schon bei Beratung der Novelle im Jahre 1891 die Reichstagskommission die Änderung, die jetzt von unseren Parteigenossen beantragt wird, angenommen hätte; leider wurde im Plenum dann das Wort „dauernd“ wieder gestrichen.

Der Abg. Weder (Zentr.) empfiehlt eine andere Fassung des Antrages und will an Stelle des Wortes „dauernd“ gegenwärtig für längere Zeit“ bei der Abstimmung wird unter Ablehnung unseres Antrages der Antrag Weder mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen.

Zu § 124, Nr. 1 Ziffer 5, beantragen unsere Parteigenossen, daß der Arbeiter ohne Kündigung die Arbeit aufgeben kann, wenn der Unternehmer den Vorschriften des § 120 a bis 120 f zuwiderhandelt, oder wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter einer ernstlichen Gefahr ausgesetzt sein würde. Genosse Stadthagen hebt ferner hervor, daß dieser Antrag die bisherige Bestimmung in Ziffer 5 beseitigen will, die besagt, daß der Arbeiter die Arbeit ohne Kündigung nur aufgeben kann, wenn bei Eingehen des Arbeitsvertrages die Gefahr nicht zu erkennen war. Besonders ungünstig gestaltet sich der Arbeitsvertrag nach der bisherigen Fassung des Paragraphen für jugendliche Personen und Arbeiterinnen, denen doch in diesen Fällen die Schädigung an Leben und Gesundheit vor Eingehen des Arbeitsvertrages nicht bekannt war, sondern erst nach Aufnahme der Arbeit zum Bewußtsein kommt. Ferner will der Antrag unserer Parteigenossen, daß, wenn ein Unternehmer gegen eine Bundesratsverordnung, die zum Schutze der Arbeiter erlassen ist, zuwiderhandelt oder andere Anforderungen, wie sie in den bezeichneten Paragraphen für den Arbeiterschutz gegeben sind, nicht erfüllt, die sofortige Lösung der Arbeitsverhältnisse möglich ist. So ist für eine Arbeiterin vor Eingehen des Arbeitsvertrages nicht möglich, zu erkennen, daß im Betriebe eine Gefahr für die Stillschaltung vorhanden ist, sie darf aber trotzdem die Arbeitshäfte nicht verlassen.

Die Regierungsvorrede wendet sich gegen den Antrag, denn in der Regel werde die Gefahr des Betriebes vorher von den Arbeitern zu erkennen sein. Genosse Wolkenbruch findet es sonderbar, daß die Regierungsvorrede nicht einem Antrag zustimmen wollen, der der Innhaltung der Arbeiterschutzbestimmungen einen größeren Nachdruck verleihen will. Die Gefahr eines Betriebes wird in diesen Fällen von den Arbeitern nicht zu erkennen sein, oft wechelt auch die Arbeit im Betriebe und man zwingt nun Arbeiter zur Ausübung einer Arbeitsleistung, die ihm schweren Schaden zufügen kann. — Die Abg. Weder und Zhe (Zentr.) beantragen hierauf, daß im § 124 Ziffer 5 hinzugefügt wird, daß auch in dem Fall, wenn die Stillschaltung gefordert wird, das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung gelöst werden kann. Auch soll die Schlussbestimmung nach einem Antrag etwas günstiger für die Arbeiter gestaltet werden, in der Praxis würde sich wohl keine erhebliche Änderung aus dem Schlußsatz gegen den bisherigen Rechtszustand folgern lassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag unserer Parteigenossen abgelehnt gegen die Stimmen unserer Parteigenossen, dagegen der Antrag Weder-Zhe angenommen. Demnach erhält der § 124 Absatz 1 Ziffer 5 folgende Fassung:

„Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gehilfen die Arbeit verlassen:

1. wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben, die Gesundheit oder die Stillschaltung der Arbeiter einer ernstlichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche sie bei Eingehen des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen vermochten.“

Dieser heißt es am Schluß:

„welche bei Eingehen des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war.“

Ferner wird in Verfolg eines angenommenen Antrages zu § 123 und 124 Ziffer 1 gleichfalls bestimmt, daß die Gehilfen die Arbeit verlassen können, wenn sie voraussichtlich für eine längere Zeit zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Regelung der Heimarbeiterverhältnisse.

Im Reichsamt des Innern wird gegenwärtig, wie jetzt aus offizieller Quelle bekannt ist, eine Novelle zur Gewerbeordnung ausgearbeitet, die die Rechtsverhältnisse der Heimarbeiter regeln und schon in nächster Zeit dem Bundesrat zugehen soll. Die Novelle unterteilt die Heimarbeiter der Gewerbeindustrie und stellt es den Bundesstaaten anheim, Vorschriften in sanitärer und hygienischer Beziehung zu erlassen. Den Unternehmern wird die Registrierungspflicht bei den ihnen beschäftigten Heimarbeiter auferlegt, ebenso wird die Führung von Lohnbüchern vorgeschrieben. Durch das neue Gesetz hofft man eine Statistik über die Heimarbeiterverhältnisse der Heimarbeiter zu erhalten, die die Grundlage für weitere sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der Heimarbeiter bilden soll.

Ein Norddeutsches Allgemeines Dementi.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt an der Spitze ihres letzten Wochenrückblicks:

Die mehrfach von uns behandelte Kampagne, die in einem Teil der Zentrumspresse in den letzten Wochen gegen den Reichstagskanzler geführt worden ist, hat ein ausländisches Blatt zu einer Umfrage bei den deutschen Parlamentariern veranlaßt. Unter den mitgeteilten Äußerungen befindet sich eine Bemerkung, der zufolge sich einige hohe Militärs daran beteiligt hätten, dem Kaiser Anreihungen wegen eines Kanarienvogels zu machen. Dies hohen Militärs, so wird weiter gesagt, könnten es dem Fürsten Bismarck nicht verzeihen, daß er nicht zu Beginn der Marokko-Affäre Abrechnung mit Frankreich gehalten habe. Zur Begründung dieser Angaben wird jedoch nicht das mindeste beigebracht, offenbar, weil sie tatsächlich unbegründet und beweislos sind. Wir können deshalb die erwähnten Äußerungen als einen halboffenen Versuch, die Mitglieder der Armee der Teilnahme an einer politischen Intrige zu beschuldigen, nur lebhaft bedauern.

Man sollte im Regierungsblatte doch solche halboffenen Dementierversuche unterlassen. Man macht sich damit nur lächerlich.

Ein blau-schwarzes Uebereinkommen zur nächsten Reichstagswahl ist für die Wahlkreise, in denen die Sozialdemokratie einstimmig in Betracht kommt, im Gange bereits getroffen worden — beziehungsweise in der Voraussicht, daß die Blockkandidatur im Reich bis dahin zu den überwundenen Dingen gehört. Nach einer Mitteilung, die von zuverlässiger Seite ausgeht, soll dem Zentrum von den Liberalen und der geführten Seite der Mandate in Strassburg-Land und Colmar sowie, wenn sich die dortigen Liberalen darauf einlassen, in Guebwiller garantiert werden, wofür den Zentrumswählern in Strassburg-Stadt nahegelegt werden soll, den freisinnigen Demokraten zu unterliegen, und im Wahlkreis Mühlhausen soll das Zentrum von einer eigenen Kandidatur Abstand nehmen zugunsten einer gemeinsamen bürgerlichen Sammelkandidatur, als deren Träger der im Jahre 1907 bei der Stichwahl in den Wahlkreisen Colmar und Strassburg-Land durchgefallene Colmarer Bürgermeister Blumenthal in Betracht kommt. Dem blau-schwarzen Bündnis gelang es im Sommer 1908 bei den städtischen Gemeinderatswahlen, in Mühlhausen, Colmar und Strassburg, die Sozialdemokraten aus den Gemeinderäten hinauszumerren.

Christliche Ereignisse.

Vor dem 3. hiesigen Landgericht haben sich der Hausvater und die Hausmutter der Köchenerziehungsanstalt „Katholische Waisen“ bei Mühlstadt in Schleswig-Holstein, Friedrich Colander und Frau Colander geb. Müller, wegen körperlicher Mißhandlungen der ihnen von der Landesaußsichtsbehörde übergebenen weiblichen Hülfskinder zu verantworten. Auch sind sie beschuldigt, die weiblichen Hülfskinder der Freiheit beraubt, sie mit Peitschen und Stöcken geschlagen und zur Duldung der Mißhandlungen genötigt zu haben. Der Angeklagte steht im 33. Lebensjahre und hat seit 1904 die Leitung der Anstalt übernommen. Bei der Verhandlung kamen geradezu erschreckende Dinge zur Sprache. Die Mädchen sollen bisweilen vor den Augen gespannt worden sein, sollen Essen gegessen haben und in entsetzlicher Weise mißhandelt und drangsalirt worden sein. Die Angeklagten bestreiten die Wahrheit der Anschuldigungen.

Die als Zeuginnen vernommenen Mütter der Hülfskinder sagen ziemlich übereinstimmend aus, daß ihre Töchter ihnen erschält hätten, es habe in der Anstalt furchtbar viel Prügel und sehr wenig zu essen gegeben, auch seien sie häufig an Ketten gesetzt worden. Die von den Müttern angegebenen Mißhandlungen sind zum größten Teil widerwärtig, ekelerregend und grauhaft. Auch zahlreiche andere Zeugen bezeugen, daß ihnen ähnliche Vorgänge erzählt worden seien.

Am Abend wurde das Urteil gesprochen. Das Gericht nahm zwei Fälle von vorläufiger Körperverletzung und zwei Fälle von Nötigung an, und verurteilte den Angeklagten Colander zu neun Monaten Gefängnis. Frau Colander wurde freigesprochen.

Im Reichstagswahlkreise Rostock-Bell ist durch den Tod des Abgeordneten Dr. Rügenberg eine Nachwahl erforderlich geworden. Zu 87 Proz. katholisch, gehört dieser Kreis zu den sichersten Sitzen des Zentrums, das seit 1871 hier stets im ersten Wahlgange Sieger wurde und bei der letzten Hauptwahl mit 17 168 Stimmen gegen 8013 Konfessionäre, 59 sozialdemokratische und 89 gesplitterte das Mandat davontrug. Rostock-Bell gehört zu den ausgewachsenen ländlichen Wahlkreisen; denn von seinen rund 97 000 Einwohnern wohnen rund 33 000 in Ortschaften mit weniger als 2000 Einwohnern, der Rest in Ortschaften mit 2000 bis unter 10 000 Einwohnern.

Der neue Rostock-Garden-Prozeß. Oberstaatsanwalt Frey hat, wie das B. Z. erzählt, das Studium der Akten des Rostock-Garden-Prozesses dieser Tage beendet. Die neue Verhandlung dürfte voraussichtlich Ende Februar stattfinden. Da der Prozeß gegen Garden nicht ohne die Vernehmung des Fürsten Eulenburg geführt werden kann, so wird vor dem Termin eine ärztliche Gesundheitskommission den Fürsten — dem es jetzt gesundheitlich gut gehen soll — in Liebenberg untersuchen, ob er die Anforderungen einer Reise nach Berlin bezwingen kann; andernfalls soll der Fürst, wie bekannt, in Mismiffarisch in seinem Schloß in Liebenberg vernommen werden.

Wegen Mißhandlung von Untergebenen wurde der Sergeant Vorhoff von der 3. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 150 in Mühlheim an der Ruhr durch das Kriegsgericht zu Düsseldorf zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er sollte fortgesetzt Rekruten in ganz erheblicher Weise mißhandelt, ihnen die Nase blutig geschlagen, ihnen mit dem Abzug auf die Zehen getreten, Haare des Schamrucks bars losgerissen, auf die Finger getreten, daß sich die Haut ablöste um. Auch soll er versucht haben, die Leute von einer Auszeit abzuhalten.

Ein Held der Feder. Der Redakteur des Berliner Wochenblattes Wahrheit, Dahsel, der unter dem Verdachte der Mißachtung an dem von der Witten des Photographen Schwandt verübten Erpressungsverfuge an dem in Berlin lebenden Grafen Franzenberg verhaftet und dem Untersuchungsrichter wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, wurde auf Beschwerde des Staatsanwalts wieder verhaftet.

Russische politische Korridore. Zu dem Wehrlreit mit der Schweiz, der jetzt zum Wohlstand gegen Deutschland geführt hat, erzählt der A. N., daß noch ein Versuch der friedlichen Beilegung des Streites in Aussicht stehe. Die Vorlaufbewegung dürfte voraussichtlich keine besondere Ausbeute gewinnen. — Die Frage der Uebernahme einer russischen Anleihe durch Rußland ist, nach einer Meldung aus Petersburg, in politischem Sinne erledigt worden. Gegenwärtig werden die Bedingungen ausgearbeitet, die dem Staat von der russischen Regierung vorgeschlagen werden sollen, um die richtige Verwendung der Anleihe zu garantieren. Die Höhe der Anleihe ist noch nicht definitiv festgelegt. Jedenfalls würde eine recht bedeutende Anleihe aufzunehmen, da nicht nur unauflösbare Ausgaben durch sie gedeckt werden, sondern auch die wirtschaftlichen Kräfte des Landes gehoben werden sollen. England hat der Entlastung der russischen Anleihe zugestimmt. Da Rußland seiner schwierigen finanziellen Verhältnisse wegen die Anleihe nicht selbst übernehmen kann, so wird die Anleihe auf dem französischen Markt erscheinen, der gegenwärtig großen Geldüberfluß zeigt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Neue Zusammenkünfte in Prag.

Prag, 17. Januar. Zu neuen Zusammenkünften kam es gestern Abend auf Anlaß der Ankunft einer Abordnung der französischen Studentenchaft, die zur 500-jährigen Feier des sogenannten Hussentages

betreft in Prag eintraf. Die Abordnung kam um 5 Uhr abends an und wurde von einer besonderen Deputation auf dem Franz-Josephs-Platz empfangen, von Bürgermeister begrüßt und sodann zum Hotel geleitet, wo man den Gästen eine Ovation darbrachte. Darauf zogen 2000 Leute, zumest tschechische Studenten, über den Wenzelsplatz auf den Graben, wo es zu stürmischen Demonstrationen vor dem Deutschen Hause und zu Insultationen deutscher Studenten kam. Die Wache, die große Vorbereitungen getroffen hatte, verhinderte jedoch größere Ausschreitungen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Gegen 7 Uhr trat Ruhe ein. Für heute werden abermals Unruhen erwartet.

Prag, 17. Januar. Heute vormittag kam es auf dem Graben gelegentlich des Sammelplatzes der deutschen Konvulsanten wieder zu mehrfachen Zusammenstößen zwischen diesen und tschechischen Demonstranten, so daß der Graben von Gendarmen geräumt und abgesperrt werden mußte. Heute Abend fanden vor dem Deutschen Hause große Zusammenkünfte statt.

Prag, 17. Januar. Bei der Prager Post sind infolge der Doppelsprachigkeit in der Amtsführung und Leitung unhaltbare chaotische Zustände eingetreten. Der Leiter der deutschen Abteilung der hiesigen Postdirektion Groboda nahm seinen Abschied und wurde auf sein eigenes Verlangen in Disziplinaruntersuchung gezogen. Sein Vertreter, Postrat Proetzl, erklärte dem Postdirektor, der hauptsächlich die Inbetriebnahme des Prager Postwesens durchführt, daß er sein Amt niederlegen würde, wenn ihm durch tschechische Amtsborgane Schwierigkeiten bereitet würden.

Balkan.

Das Ende der Boykottbewegung.

Konstantinopel, 17. Januar. Das Boykottkomitee hat eine längere Sitzung abgehalten, in der beschlossen wurde, den Boykott gegen die österreichisch-ungarische Schiffahrt sowie gegen die österreichisch-ungarischen Waren abzubrechen, da die Wiener Regierung der Türkei volle Genehmigung gegeben habe. Vom Montag an werden alle österreichischen Dampfer wie zu gewöhnlichen Zeiten geladert werden.

Wien, 17. Januar. Die Nachricht von der Abdankung des Fürsten Nikolaus von Montenegro ist, wie aus Kattaro hierher telegraphiert wird, falsch.

Portugal.

Erste Unruhen.

Lissabon, 17. Januar. Aus Lissabon kommt die Meldung von Unruhen in Aljo und Negoe, wo es zu einem regelrechten Kampfe zwischen der Bevölkerung und den Truppen kam. Die Erregung ist durch die schon lange dauernde Krise im Weinbau verursacht. Die Lage im ganzen Lusoportale sieht erste Folgen ein, es liegen neue Zusammenstöße bevor. In Oporto sind alle Kundgebungen verboten worden; auch in Lissabon dauert die starke Spannung an, da gewisse Elemente den jungen König zu einem Militäregiment drängen möchten. Die geplante Anbringung eines Denksteins an der Stelle, wo der Königsmord stattfand, sitzt in der Bevölkerung auf Widerstand, daher wird der kommende Jahrestag des Königsmordes, der 31. Januar, als kritischer betrachtet.

Rußland.

Die Vertuschung der Rigaer Folterkammer-Affäre.

Aus Petersburg wird der Russ. Korrespondenz gemeldet: Wenn schon einmal die russische Regierung zur Aufklärung und eventuellen Abschaffung künftiger Grausamkeiten oder Mißstände sich anschickt, so stellt sich nach allen Erfahrungen der Verfolgungsjahre der „rücksichtslose“ Entschluß hinterdrein, daß als eine plumpe Kamödie heraus, die nur dazu bestimmt ist, der erzeugten Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, die herrschenden Faktoren einen Augenblick vom Gange des Rechtslebens bestrahlt erscheinen zu lassen und vor allen Dingen die bloßgestellten Bureaubeamteten durch Verschleppungsmanöver vor völligem Zusammenbruch zu retten.

So kommt jetzt die Fortsetzung, daß das gegen die Rigaer Geheimpolizei wegen entsetzlicher Mißhandlungen und grausamer Folterungen von Gefängnissen angelegte Prozeßverfahren laut Entschleunigung des Gouverneurs von Livland eingestellt worden ist. Also konnte es im gegenwärtigen Rußland geschehen, trotzdem die Rigaer Schandakten selbst in amtlicher Stelle in der ersten Ueberrichtung zugegeben worden waren.

Als nämlich vor etwa zwei Jahren die Entschleunigungen über die berüchtigte Folterkammer der Öffentlichkeit übergeben und von vielen russischen und nicht-russischen Blättern reproduziert worden waren, griff unter dem allgemeinen Druck auch der Chef des Polizeidepartements Trujewitsch ein, ließ eine Untersuchung der Inquisitionssakre vornehmen und stellte fest, daß die Handlungswelt der Polizei die gesetzlichen Grenzen überschritten“ habe, daß die Polizeibeamten sich gegen die Gefangenen Grausamkeiten und Mißhandlungen gelistet hätten!

Auch der Minister des Innern sah sich damals veranlaßt, dem Rigaer Staatsanwalt die Vornahme einer gerichtlichen Untersuchung gegen die amtlichen Folterer zu empfehlen. So oberflächlich sah auch die neue Prüfung der ihr auferlegten Aufgabe zu entscheiden, welche, das Belastungsmaterial ließ sich nicht aus der Welt schaffen, und so überlagerte sie anfangs 1908 sämtliche Untersuchungen dem Gouverneur, der endgültig zu entscheiden hatte, ob er keine Untergebenen ihrer Stellen entlassen, bzw. vor ein Gericht stellen mochte. Wieder verging eine lange Zeit, bis der erwähnte Schluß kam. Als unverfälschter russischer Bureaurot hielt sich der Gouverneur von Livland an die immer wieder überhandnehmende Reaktion, ließ sich von den dringenden Warnungen des Verbandes des russischen Volkes völlig in die Ecke drücken und stellte das gefährliche Verfahren ein.

Damit ist aber das Justiz der Folterkammer, deren Vorhandensein, nach die Rigaer betriebl, logar der Chef des Polizeidepartements bei aller Mißde der Ausdrucksform nicht hat leugnen können, für das ganze Reich sanktioniert. Allerdings weiß man es schon längst, daß die Folterungen von Polizeibeamten in den russischen Gefängnissen in der letzten Zeit gang und gäbe sind. Die Strafflosigkeit jedoch, die in Riga für die Folterer angehängt worden ist, wird das Gekrücheln in den russischen Gefängnissen bis zur Unerkennbarkeit steigern.

Wetterbericht von der Wetterkule an der Kugelnstraße am 18. Januar, mittags 12 Uhr.
Barometer: 761. Schön Wetter.
Thermometer: + 2° C.
Thermometer: Min. — 2, Max. + 3.
Hygrometer: 82%.
Wasserstand: — 182.

Letzte Telegramme.

Petersburg, 18. Januar. Wie der P. Z. über Tschukla gemeldet wird, ist Tschukla von den Regierungstruppen umringt.

Eine Familientragödie.
Leipzig, 18. Januar. Heute früh erschof der Arbeiter Karl Böderich in seiner Wohnung erst seinen Sohn und dann sich selbst. Der Beweggrund zu der Mitter ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt.

Auf dem Eise verunglückt.
Weihels, 18. Januar. Gestern nachmittag brachen in einem hiesigen Teiche drei Anaden ein. Zwei von ihnen sind ertrunken, während der Dritte gerettet wurde.

Das heutige Blatt enthält 10 Seiten.

Donnerstag den 21. Januar 1909
vormittags Punkt 10 Uhr

Arbeitslosen-Versammlung

im Saale des Tivoli, Wettinerstraße.

Tages-Ordnung:

Die Maßnahmen der Behörden zur Linderung der Arbeitslosigkeit.

Referent: Arbeitersekretär Bernhard Menke.

Debatte.

Die Arbeitslosen von Dresden und Umgegend, Männer und Frauen, werden zu zahlreichem Besuch dieser wichtigen Versammlung aufgefordert. **Kein Trinkzwang.**

Öffentliche politische Versammlung! Einberufen: Bruno Engel, Reibbahnstraße 22, 3. Etage.

Bewerbegerichts-Beisitzer

von Dresden, den Amtshauptmannschaften Dresden-A. und Dresden-N.

Mittwoch den 20. Januar, abds. 8 Uhr, im kleinen Saale des Volkshauses, Maxstr. 13, 1.

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bisherige Tätigkeit und die künftigen Aufgaben der Zentralkommission zu den Verbandstagen.
2. Neuwahl der Zentralkommission und Ergänzungswahl der Kommission.
3. Stellungnahme zur Berufung eines Ausschusses behufs Abgabe von Gutachten.
4. Gewerliche Rechtsprechung.

Die Protokolle von der Konferenz in Jena können durch das Gewerkschafts-Sekretariat zum Preise von 20 Pf. pro Exemplar bezogen werden.
Aus Rücksicht auf die ausstehenden Beisitzer wird die Versammlung pünktlich um 8 Uhr eröffnet. Die Namen der fehlenden Beisitzer werden nach einem früher gefassten Beschlusse veröffentlicht. Zur Vermeidung von Irrtümern hat die Kommission beschlossen, daß etwaige Einsprüche bei dem Obmann R. Holz, Min. Sec. 33, 2., spätestens einen Tag nach der Versammlung zu erfolgen haben. Die Kommission.

Mügel-Zschachwitz!

Mittwoch den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Alten Gasthof in Mügel

Öffentlicher Vortrag

Thema: Unfallverhütung, Gewerbehygiene und die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Berlin. **Diskussion.**
Ref.: Herr Geh. Reg.-Rat Prof. Hartmann-Berlin.
Der Vortrag ist kostenlos. Die Redezeit wird erlaubt, denselben zahlreich und pünktlich zu besuchen.
Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. wä. Reichstagswahlkreis.

Vorstand: Vorsitzender: Herr Dr. ...
Schriftführer: Herr ...
Kassier: Herr ...

Bezirk Cotta.

Dienstag den 19. Januar, abends 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** in den Linden, Birkenhainer Straße. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Fleißner: **Soziale Probleme der Gegenwart.** — 2. Bericht aus der Kreisvorstands-Sitzung. — 3. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch der Genossinnen und Genossen erwartet.
Die Verwaltung.

Gleichzeitig wird auf das Montag den 25. Januar in der Konstantia unter Mitwirkung der Viktorianer stattfindende **Stiftungsfest** aufmerksam gemacht. Karten sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und Bezirkskollektoren zu haben.

Bekanntmachung.

Der Kassenschatz für die unversehrte Kasse legt sich für das Jahr 1909 zusammen an:

1. Herr Ernst Hertel, Schriftführer, Neustadt, Vorsitzender;
2. Gust. Wendt, Friseur, König, Kassier, Vorsitzender;
3. Johannes Slotta, Fabrikarbeiter, Coswig, Schriftführer;
4. Friedrich Zschelle, Friseur, König, Kassier, Schriftführer;
5. Edmund Kleitzsch, Fabrikarbeiter, Coswig, Schriftführer;
6. Rich. Glauch, Meister, König, Vorstandsmitglied;
7. Gustav Schmidt, Friseur, König, Vorstandsmitglied;
8. Otto Hermann, Friseur, König, Vorstandsmitglied;
9. Artur Lehmann, Schleifer, Rausdorf, Vorstandsmitglied.

Coswig, am 13. Januar 1909.

Der Vorstand der Gemeinsamen Ortskrankenkasse für Coswig u. Nachbarorte.

A. G. Viertel, Vorsitzender.

Bäckerei O. Kirchhoff

Helgolandstrasse 12.
Gewähre bei Bezahlung 5 Prozent Rabatt auf alle Waren.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Dresden.

Dienstag den 19. Januar, abends 9 Uhr

Branchen-Versammlung

der Kohlen-Träger und -Trägerinnen sowie Plaharbeiter im Volkshaus, Maxstraße 13, 1. Etage (Meiner Saal).

Mittwoch den 20. Januar, abends 9 Uhr

Branchen-Versammlung

der Markthelfer, Packer, Kontorboten usw. im Etablissement Reichshallen, Palmstraße 13.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. Vortrag. 2. Wahl eines Branchenvertreter für die Ortsverwaltung. 3. Vereinsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht, diese Versammlungen vollständig zu besuchen. Kontrollkarten sind mitzubringen!
Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse f. Fabrikarbeiter zu Radeberg

Für das laufende Jahr 1909 besteht der Kassenschatz aus folgenden Beträgen:

- Max Rosenkranz, Fabrikant, 1. Vorsitzender
- Georg Jeremias, Fabrikant, 2. Vorsitzender u. 1. Schriftführer
- Bruno Deibereich, Fabrikant, 2. Schriftführer
- Max Mauerberger, Druckereibesitzer, Beisitzer
- Artur Bielek, Fabrikant, Beisitzer
- Gustav Gaudsvald, Fabrikant, Beisitzer
- Richard Zwanke, Fabrikant, Beisitzer
- Johannes Schenke, Fabrikant, Beisitzer
- Ernst Anders, Fabrikant, Beisitzer

Max Rosenkranz, Vorsitzender, Bismarckstraße 6, II.

Möbel

besieht man jetzt direkt aus Wilsdruff vom Genossen Hildebrand.
Stadt Leipzig, Pflanzstr. 18, 1. Etage
Gr. Frei-Konzert d. Ung. Gesellsch. Tambourino-Kapelle.

Die Vorträge von

Melitta van Keuren

haben bei dem Dresdner Publikum, Herren wie Damen, einen reichen Beifall und Bewunderung gefunden.
Es finden noch folgende Vorträge statt:

Herren-Vorträge mit Lichtbildern.

Dresden-Pieschen: Deutscher Kaiser
Mittwoch den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

Dresden-Löbtau: Drei-Kaiser-Hof
Freitag den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

Damen-Vorträge mit Lichtbildern.

Dresden-Pieschen: Deutscher Kaiser
Dienstag den 19. Januar.

Dresden-Löbtau: Drei-Kaiser-Hof
Donnerstag den 21. Januar.

Dresden-Cotta: Schusterhaus
Sonntag den 23. Januar.

Eintritt 50 Pfennig. Eintritt 50 Pfennig.

Bekanntmachung!

Die bereits gelösten Billette für die Blumenfeste haben auch Gültigkeit für alle meine anderen Vorträge, andernfalls Geld zurück. **Hotel Kronprinz, Dresden-N., Hauptstr., Mittwoch vorm. 11-1 Uhr.**

Melitta van Keuren.

Weitere Vorträge siehe Inserat in dieser Nummer.

Butter bedeutend billiger!

Feinste

Tafelbutter

1 Pfund 110 Pf.

F.E. Krüger

Webergasse 18.

Tel. 1912. — Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Sparverein Edelweiß!

Strenge zur Kenntnis, daß der alte Sparverein Edelweiß früher Dresdner Blumenfeste, jetzt in Hochmuths Restaurant, Ecke Blumen- und Arnoldstraße, jeden Mittwoch von 9 bis 11 Uhr vom. Um zahlreiche Teilnahme ersucht.
D. B.

Gasthof Widten. Gr. Schlacht-Fest

Wegen Dienstag! Dienstag! Dienstag!
Singen lobet ein Frau vom. Pommern.

Zeugen gesucht!

Diesemigen Herren, die Auswachen von meiner Verhaftung am 14. Dezember 1908, 12 Uhr nachts, auf der Schloßstraße, in der Nähe der Großen Brüdergasse, waren, bitte ich freundlich, mir die Adressen zu übersmitteln. Ich trag ihnen Gut und schwanzen Lieberpfeier und hatte den Kragen hochgeschlagen.

Paul Köhler, Niedergorbitz

Verkehrstraße 16, 2. Etage.

Kleine Z.

Dienstag abend 7 Uhr im Volkshaus
Sitzung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Gröblich, Redakteur bei Dresden.
Korrespondent für den Anzeigenenteil: Eintracht, Dresden.
Druck und Verlag von Rade & Rade, Dresden.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Vierklassen-Entrechtung in offizieller Form.

Die Wahlrechtsdeputation der Ersten Kammer hat soeben ihren Bericht über die Wahlrechtsfrage veröffentlicht. Er enthält alle Anträge und Abänderungsvorschläge, die von verschiedenen Parteien gemacht worden sind, die aber heute nicht mehr besonders interessieren. Gelegentlich werden wir eventuell darauf zurückkommen. Dasselbe gilt von den Ausführungen des Verichterstatters Geheimrat Dr. Bach in der Deputation, die im Verichte wortgetreu wiedergegeben sind und den übrigen Bemerkungen im Druckbericht. Neues bringt der Bericht nicht mehr, er bestätigt nur, was schon bekannt war. Wir beschränken uns daher heute darauf, den grundlegenden § 11, der die Klassen festlegt und die Stimmenverteilung näher regelt, in seiner offiziellen Form wiederzugeben. Er lautet:

§ 11. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme, soweit ihm nicht nach den folgenden Bestimmungen mehrere Stimmen zukommen.

- A. Zwei Stimmen haben die Wahlberechtigten
- a) die ein Einkommen von mehr als 1600 M. haben,
 - b) die aus öffentlichem Amt oder aus privater dauernder Anstellung ein Einkommen von mehr als 1400 M. beziehen,
 - c) die zur Gewerbetätigkeit oder zum Landeskulturrat wählen dürfen und aus ihrem Betrieb ein Einkommen von mehr als 1400 M. beziehen,
 - d) die bei Abschluß der Wählerliste als Eigentümer oder gesetzlich Nutzungsberechtigter im Königreich Sachsen Grundbesitz haben, auf dem mindestens 100 Steuerreihen haften, vorausgesetzt, daß das Gesamteinkommen des Wählers 1200 M. übersteigt,
 - e) die beim Abschluß der Wählerliste als Eigentümer oder gesetzlich Nutzungsberechtigter im Königreich Sachsen Grundbesitz haben, von dem mehr als 2 Hektar der Land- oder Forstwirtschaft oder dem Obstbau oder mehr als ein halber Hektar der Gärtnerei oder dem Weinbau dienen,
 - f) die ihre weisenschaftliche Bildung durch Zeugnisse, die für den einjährigen freiwilligen Militärdienst genügen, nachweisen können.

- B. Drei Stimmen haben die Wahlberechtigten
- a) die ein Einkommen von mehr als 2200 M. zur Staats- oder Gemeindesteuer versteuern,
 - b) die im Sinne Litera A b, c ein dienstliches oder gewerbliches Einkommen von mehr als 1900 M. beziehen,
 - c) die, ohne sich in öffentlichem oder privatem Dienstverhältnis zu befinden, aus einer wissenschaftlichen oder höheren künstlerischen Tätigkeit (als Rechtsanwältin, Arzt, Hochschullehrer, Ingenieur, Künstler, Schriftsteller oder in ähnlicher Lebensstellung) mehr als 1900 M. Einkommen beziehen,
 - d) die Grundbesitz im Sinne Litera A d haben, auf dem über 150 Steuerreihen haften, vorausgesetzt, daß das Gesamteinkommen des Wählers 1800 M. übersteigt,
 - e) die Grundbesitz im Sinne Litera A d haben, von dem mehr als 4 Hektar der Land- oder Forstwirtschaft oder dem Obstbau oder mehr als 1 Hektar der Gärtnerei oder dem Weinbau dienen.

- C. Vier Stimmen haben die Wahlberechtigten
- a) die ein Einkommen von mehr als 2500 M. zur Staats- oder Gemeindesteuer versteuern,
 - b) die im Sinne Litera A b, c ein dienstliches oder gewerbliches Einkommen von mehr als 2200 M. beziehen,
 - c) die einen Grundbesitz im Sinne Litera A d haben, auf dem über 200 Steuerreihen haften, vorausgesetzt, daß das Gesamteinkommen des Wählers 2200 M. übersteigt,
 - d) die Grundbesitz im Sinne Litera A d haben, von dem mehr als 8 Hektar der Land- oder Forstwirtschaft oder dem Obstbau oder mehr als 2 Hektar der Gärtnerei oder dem Weinbau dienen.

Wer das 50. Lebensjahr bei Abschluß der Wählerliste vollendet hat, fällt eine Ausnahme (Litera f) aus. Mehr als vier Stimmen fließen keinem Wähler zu.

Im übrigen ist die Vorlage im wesentlichen so geblieben, wie sie von der Zweiten Kammer beschlossen wurde, soweit nicht aus formellen Gründen Änderungen nötig waren. Es wird auch die Abwertung aufrecht erhalten bleiben.

Wie die Dresdner Arbeiterzeitung über das Nachwort denkt, hat sich am Sonntag deutlich in einer nachvollzogenen Demonstration offenbart, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichten.

Nadelstichpolitik und kein Ende.

Der Turnverein Turnbund Schönfeld beabsichtigte im August v. J. aus Anlaß seines Schauturnens ein öffentliches Tanzvergnügen abzuhalten und den Ueberflus zur Anschaffung von Turngeräten für den Verein zu verwenden. Die Amtshauptmannschaft Leipzig lehnte das Gesuch jedoch mit der Begründung ab, daß die Erhebung von Eintritts- und Tanzgeld Vereinen nur zur Unterhaltung gemeinnütziger und wohltätiger Zwecke gestattet werden könne, daß die Verwendung der Einnahmen zu einem solchen Zwecke aber durch den Verein nicht sicherzustellen sei. In einem hiergegen bei der Amtshauptmannschaft eingelegten Rekurs erbot sich der Verein, Abrechnung vom Feste beizubringen und auch jeden Beweis über die Verwendung des Ueberflusses auf Wunsch zu erbringen. Die Amtshauptmannschaft stellte sich jedoch auf die Seite der Amtshauptmannschaft. Sie sah ebenfalls die Verwendung des Ueberflusses zur Anschaffung von Turngeräten als nicht gemeinnützig an.

Nun wandte sich der Verein in einer ausführlichen Beschwerde an das Ministerium des Innern. Er wies darauf hin, daß die anderen Turnvereine am Orte öffentlichen Tanzvergnügen zu diesem und ähnlichen Zwecken erhalten. Da der Verein der Deutschen Turnerschaft nicht angehöre, vermutete er, daß dies der Grund für den ablehnenden Bescheid der beiden Instanzen sei. Denn er habe die Beachtung gemacht, daß die Arbeiterturnvereine in der Amtshauptmannschaft Leipzig Erlaubnis zu öffentlichen Vergnügungen nur unter der Bedingung erhalten, daß sie den Ueberflus zu wohltätigen Zwecken abliefern, während die Vereine der Deutschen Turnerschaft öffentlichen Vergnügungen zu solchen und ähnlichen Zwecken, wie sie der Turnbund Schönfeld ansticht, erhalten.

Der Verein erwartete, daß das Ministerium doch wenigstens offen angeben werde, daß der Verein deshalb keine Erlaubnis erhalte, weil er kein Arbeiter-, sondern Arbeiterverein

sei und auch der Deutschen Turnerschaft nicht angehöre. Jedoch das Ministerium beschied den Verein dahin, daß kein ausreichender Anlaß geboten sei, der Entscheidung der Amtshauptmannschaft „Aufsichts wegen“ entgegenzutreten.

In Kosten hatte der Verein zu berappen: für den ablehnenden Bescheid der Amtshauptmannschaft 2 M., für den ablehnenden Bescheid des Ministeriums 1 M., für den ablehnenden Bescheid der Amtshauptmannschaft 1 M.

Der Verein beabsichtigte nun, am 31. Januar d. J. ein öffentliches Vergnügen abzuhalten, und um der Befehnten „Ordnung“ über das Tanzvergnügen nachzukommen, erklärte der Gesuchsteller: „Zum Ueberflus soll eine noch zu vereinbarende Summe zum Besten einer noch zu bezeichnenden wohltätigen Einrichtung verwendet werden, und bittet der Gesuchsteller deshalb um baldige Vorladung.“ Der Verein wollte den Ueberflus zugunsten der auf der Zeche Radob verunglückten Bergarbeiter verwenden. Der Bescheid der Amtshauptmannschaft betrugte, „daß in diesem Lokale am 4. und 5. Sonntag im Januar überhaupt kein öffentliches Tanzvergnügen abgehalten werden darf“ und gestattete nur ein Vereinsvergnügen.

Den „gutgesinnten“ Vereinen wird alles erlaubt, den Arbeitervereinen wird nicht einmal gestattet, für die Winterfesten von im Dienste des Kapitalismus verunglückten Arbeitshilfern zu wirken. Die famose Tanzordnung der Leipziger Amtshauptmannschaft charakterisiert sich als ein Mittel zu einseitigen Maßregeln gegen die bösen, im Verzuge der Sozialdemokratie stehenden Arbeitervereine. Aber Nadelstichpolitik soll nach Herrn v. Hohenthal feierlicher Versicherung in Sachsen nicht getrieben werden.

Gegen die Amtshauptmannschaft

richtet sich eine neue Eingabe, die der Vorstand des Landesverbandes der Saalinhäber im Königreich Sachsen in der Frage der Tanzweiterung an das Ministerium des Innern zu richten beabsichtigt, da die meisten Saalwirte der Ansicht sind, daß die Antwort der genannten Behörde nicht befriedigend für das Saalgewerbe ausgefallen ist. Es sind infolgedessen an die einzelnen Saalinhäbervereine Schreiben gerichtet worden, in denen darauf hingewiesen wird, daß der Bescheid des Ministeriums auf die Eingabe des Saalinhäberverbandes vom 28. Oktober 1906 (1) in Sachen der Tanzweiterung in Saalgewerblichen Kreisen große Enttäuschung hervorgerufen hat, und daß der Bescheid keineswegs den Erwartungen entspreche, welche man an diese Eingabe geknüpft habe. Weiter hat der Vorstand des Landesverbandes anlässlich der vielen Klagen über Mißstände im Tanzregulativwesen es für notwendig erachtet, auf Abhilfe Bedacht zu sein und ein Schreiben an die Verbandskollegen gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß es sich nötig mache, alle im Lande zurzeit gültigen Tanzregulative einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und dafür Sorge zu tragen, daß unzeitgemäße, die gewerbliche Tätigkeit ungerecht beschränkende und des Standes unwürdige Bestimmungen endgültig aus den Regulativen beseitigt werden.

So lange die Saalwirte nach oben nicht etwas mehr Energie entwickeln, werden sie alle Hoffnungen auf Erfolg ihrer berechtigten Forderungen einpfählen können.

Mittelständler als Mittler.

Die Hauptmacher der Mittelstandsvereinigung scheinen jetzt Vorträge ins Ministerium als Spezialität zu betreiben. Vor kurzem waren die Herren beim Grafen Hohenthal, der sie mit einem Satz voll Veröffnungen heimgeschickt hat; jetzt haben sie auch das Finanzministerium unsicher gemacht. Die bürgerliche Presse weiß über den neuen Witzgang zu melden:

„Finanzminister Dr. v. Müller empfing am Sonntag nachmittag im Finanzministerium Vertreter der Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen in Audienz. Die Herren waren aus Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bautzen, Glatz und Jülich. Sie erlitten den Finanzminister, bei der Vergebung von staatlichen Arbeiten mehr als bisher die Körperlichkeiten und Innungen zu berücksichtigen. Der Finanzminister Dr. v. Müller sagte die Erfüllung dieser Wünsche nach Möglichkeit zu. Als Sprecher fungierte der Dresdner Stadtverordnetenvereinsvorsteher Obermeister Anlauf. In der Deputation befand sich auch Landtagsabgeordneter und Stadtverordneter Enke.“

Die Herren richteten sich immer mehr darauf ein, Staat und Stadt als Mittelstufen für sich zu betrachten. Mit dem Mittelstufenverfahren suchen sie in den Städten für sich zu freies, das gleiche haben sie ja auch schon beim Staate versucht. Jetzt soll diesen Wünschen durch Witzgänge etwas nachgeholfen werden.

Chemnitz. Für die Vornahme von Rotstandsarbeiten bewilligte der Rat ein weiteres Rechnungsgeld von 50 000 M. und genehmigte den vorliegenden Entwurf eines Ortsgesetzes über die Abänderungen der Bestimmungen, betreffend die Beschränkung der Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in der Stadt Chemnitz an Sonn- und Festtagen.

Chemnitz. Für das Jahr 1909 wurden zu Schöffen auch die Arbeiter Volkstet und Reichelt, Mitglieder des Christlichen Arbeitervereins, Ortsverband Chemnitz, ernannt. Im vorigen Jahre war ein Former, Mitglied der freien Gewerkschaft Deutscher Metallarbeiterverband, als Schöffe mit tätig.

Freiberg. Für die am 1. Januar freigeordneten Bürgerwehrgesellen sind insgesamt 15 Bewerbungen eingegangen. Von den Bewerbern sind Stadtrat Hauptmann, Stadtrat Beiers-Blauen, Bürgermeister Dr. Freilichmar-Umbach und Stadtrat Dr. Hahn-Freiberg zur engeren Wahl gestellt worden.

Planen i. B. Zur Ausführung von Rotstandsarbeiten bewilligte die Stadtverordneten 50 000 M., zu welchem Zwecke ein Dringlichkeitsantrag eingegangen war. Es sollen außer den bereits in Angriff genommenen Erdarbeiten zur Herstellung eines Festplatzes auf dem Kamm der bogig verlaufenden Blomardstraße die Borarbeiten zum Bau der 14. Bürgerstraße an der Dierwegstraße und zur Herstellung einer Verbindungsstraße im Kaiser-Wilhelm-Damm ungeduldet ausgeführt werden.

Nachrichten aus dem Lande.

Königsberg. Wie schon dieser Tage berichtet wurde, versuchte die Schifferkette Schräger aus Bissenort, ihrem Leben durch Ertrinken ein Ende zu machen. Es ist ihr nun am Sonntag mittig in Abwesenheit ihres Ehegatten und ihrer noch unerzogenen Kinder gelungen, ihrem Leben durch Erhängen ein Ziel zu setzen. Schwermut soll das Motiv zu der unglückseligen Tat gewesen sein.

Meine Nachrichten aus dem Saabe. Auf dem Neubau des Hauptgebüdes für das sächsische Elektrizitätswerk in Leipzig-Adonia ist Sonnabend nachmittag der Bauherr Eduard aus Neubüch beim Ausweichen vor einer Lini vom Gerüst etwa 20 Meter tief herabgestürzt. Schon nach wenigen Minuten ist der Bauherr in die Tiefe Verletzungen erlitten. — Der Marktbesitzer Böhmert in Pausen stürzte von einem Wagen und wurde dabei von einem nachrollenden Faß getroffen, so daß Böhmert schwere Fleischwunden am Kopfe erlitt. Im benachbarten Zustande wurde Böhmert ins Krankenhaus gebracht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der noch lebige Mann auch einen Schädelbruch erlitten hat. — Ein 20-jähriger Böhling einer Erziehungsanstalt im Regierungsbezirk Danzig, der in Frankenberg in politischen Gewahrsam genommen worden war, brang nachts aus dem im zweiten Obergeschoß im Hintergebäude des Rathhauses gelegenen Zelle nach Verlassen der Gitterstäbe in den Hof hinaus und entkam über die Mauer. — Aus Bischofswitz über eine Erbschaftsgeschichte folgendes mitgeteilt: Wie vor einiger Zeit in der Zwidauer Gegend die sogenannte „Schrammische 200-Millionen-Erbschaft“ viele Einwohner in größte Spannung und (abends) vergebliche Hoffnung versetzt hatte, so kurzlich ist in der Affalter Gegend wieder der selbe Glaube an eine sogenannte „Reutherische Erbschaft“, die ebenfalls mehrere Millionen betragen soll. Ein vor etwa 300 Jahren von Johann Bach nach Schwaben ausgewanderten Bauer namens Reuther habe in seinem Testament bestimmt, daß sein damals 170 Gulden betragendes Vermögen nach seinem Tode seine Verwandten erben sollen. Eine Abschrift des Testaments ist in Johannbach. Darauf fußend, beschloß eine in Affalter abgehaltene Versammlung aller Interessenten dieser Lebensfälle durch Rins und Jünkel sich auf mehrere Millionen angewachsenen Erbschaft, weitere Schritte zur Verwirklichung ihrer Hoffnungen auf die Erbschaft zu tun. Die Leute werden sich in Aufregung und Unkosten stürzen und später sehen, daß sie Genarrte sind.

Stadt-Chronik.

Kolonialphantasien.

Der Gegenwart ist doch ein größtes Gebilde, namentlich wenn er ein so konstitutionell-abolutistisches Gesicht und eine so politisch entwickelte Volksmasse hat wie unser Staat. Das Gewerbehaus mußte gestern mit Volksfesten nach außen hermetisch abgeschlossen, mußte mit Roß und Reifigen umgeben werden, nur weil es für eine Stunde die stette Höhe war, in der der König von Sachsen wohnte. Und während draußen der ständige für Volkrechte bewohnenden Steuerzahlern von Schuymannswaffe die Schadel eingehauen wurden, erzählte drinnen im Gewerbehaus Staatssekretär Bernburg den mit Freikarten versehenen „besseren“ Steuerzahlern von den gesägten Vortrefflichkeiten der Kolonien unter dem Thema: Die industriellen Fortschritte in den deutschen Kolonien. Der unverbesserliche Optimist Bernburg hofft, daß sich die Kolonien entwickeln werden. Sachsen habe ein ganz besonderes Gewicht auf die Kolonialpolitik zu legen, weil viele Rohstoffe des sächsischen Gewerbestoffes als Produkte im Kolonialland gewonnen würden und Tausende sächsischer Arbeiter von dem überflüssigen Absatz der Industrieprodukte lebten. (Und Tausende Steuerzahler dafür weisbluten!) In den Kolonien könnte mindestens ein großer Teil der von der sächsischen Industrie gebrauchten Rohstoffe produziert werden. Und das habe die sächsische Industrie mit ihrer stets gerühmten Weltgeltigkeit erkannt und die größte Plantage im deutschen Schutzland sei Eigentum eines Leipziger Industriellen. Das wichtigste Kolonialprodukt seien die Hosenstoffe, weil Deutschland an ihnen einen außerordentlich hohen Bedarf habe und die amerikanischen Freistreibereien der Baumwolle die Frage zu einer brennenden gemacht hätten. Deutschland stehe hier wie überall noch im Anfange seiner Kolonialwirtschaft, und die Erfolge seien noch bescheiden. Für den Baumwollbau komme in erster Reihe Ostafrika in Betracht. Hier haben Weiße, voran die Leipziger Baumwollspinnerei, teils an der Küste, teils im Innern große Plantagen angelegt, und unter Verwendung des Dampfes und teilweise der künstlichen Bewässerung glänzende Ernten erzielt.

Sobald die Eisenbahn für die Baumwolle besseren Abzug und durch die höheren Preise für die Keger stärkeren Anreiz zu ihrer Kultur bringe, werde der Baumwollbau sich noch erheblich ausdehnen. Noch sei der Erfolg bescheiden, aber doch so groß, daß er noch vor drei Jahren unmöglich erschienen wäre. Die deutschen Kolonien produzierten jährlich 8000 Ballen Baumwolle, und schon lebte von 200 deutschen Textilarbeitern einer von der Verarbeitung von Kolonialprodukten. Auch in Neu-Guinea und Kamerun seien die Aussichten keineswegs schlecht, doch soll gegenwärtig jede Zerstückelung der Kräfte vermieden werden. In diesen Kolonien werde auch die Beschaffung der notwendigen Arbeiterzahl große Schwierigkeiten machen. Ohne genügende Arbeiter aber trage jeder Anbauversuch den Todeskeim in sich. — Neben der Baumwolle sei der Silihanf das wichtigste Ausfuhrprodukt Ostafrikas. — Ein weiterer wichtiger Ausfuhrartikel seien die Oel- und Fettprodukte von Tieren und Pflanzen. Aus der Kolonie gewinne Ostafrika jährlich eine Ausfuhr von 5 Mill. M., doch entspricht der Export noch keineswegs der Produktion, weil die Früchte vielfach im Lande selbst konsumiert und der Saft zur Herstellung stark alkoholischer Getränke verwendet wird. Durch eine hohe Besteuerung suche die Regierung dem entgegenzuwirken. In Kamerun verfannten für viele Millionen Markt Früchte noch nutzlos am Boden, weil die Verbindungen fehlten. In der Kakaoerzeugung siehe Logo an der Spitze, ein kleines Land von nur einer Million Einwohnern, die aber sehr reich und tätig seien. Großen Wert habe für alle Kolonien mit Ausnahme Westafrikas die Ausfuhr von Kautschuk. Wenn unsere Kolonien auch bisher nur etwa fünf Prozent des deutschen Kautschukbedarfs deckten, so würden die Aussichten doch von Jahr zu Jahr verbessert. — Der Uambara affee gedeihe gut und liefere schöne Erträge. Doch dürfte auf dem Weltmarkt der deutsche Kolonialkaffee kaum eine größere Rolle spielen. — Eine sehr große Bedeutung für den Weltmarkt werde hingegen die Gewinnung von Gerbstoffen in den Kolonien erreichen. —

Gerichtszeitung.

Militärgericht.

Einen sonderbaren Antrag stellte in der Verhandlung gegen den Leutnant der Reserve im 177. Infanterie-Regiment Kaufmann...

Neues aus aller Welt.

Mexico, 17. Januar. General Wagon hat an den Präsidenten...

Berlin, 18. Januar. Im Großfliegerfeld vergiftete ein 30-jähriger Schuhmacher sich...

Berlin, 18. Januar. Auf dem Grunewaldsee brachen beim Schlittschuhlaufen drei Personen ein...

Bosen, 17. Januar. Der Hinterschütze v. Chlopowski erkrankte infolge eines unglücklichen Aufstoßes...

Augsburg, 17. Januar. Gestern ist bei der Insel Kurum der englische Dampfer Fida aus Sicht gesunken...

Hamburg, 17. Januar. Durch ein Riesenfeuer wurden gestern Abend in der Gegend der ungarischen Gebäude...

Neunkirchen a. d. Saar, 15. Januar. Künstliche Meldung. Auf der Straße Neunkirchen-Verbach...

Paris, 17. Januar. Frau Steinheil soll einer Mitgefängenen gefanden haben, daß sie selbst ihren Gatten...

Paris, 17. Januar. Vor dem Einlaufen des Dampfers Boire in den Hafen von Vieux wurde eine starke Welle über die Schiffsbrücke...

Sergopolia, 17. Januar. In einer hiesigen Fabrik wurden durch Explosion eines Dampfzylinders zwei Arbeiter...

Warschau, 17. Januar. Gestern wurden zwei vor einigen Tagen gescheiterte, nirgendwo angeordnete junge Leute...

Petersburg, 17. Januar. Gestern wurden 34 neue Cholerafälle festgestellt...

Newark, 17. Januar. Das Bostoner Kolosseum, wo gerade eine Automobilausstellung stattfand...

London, 17. Januar. Aus Newport wird telegraphisch: Bei der furchtbaren Eisenbahnkatastrophe...

Denver (Colorado), 17. Januar. Bei dem Zugzusammenstoß bei Greenwood Springs...

Victoria-Salon. 26 Waisenhausstrasse 26. Künstlerfest - Komiker Blatzheim u. a. m. Anfang 8 Uhr...

Sozialdemokratische Gemeindepolitik. Best 1: Das kommunale Wahlrecht von Paul Hirsch...

Lebensmittelpreise im Fleischausschnitt in der wachsenden Markthalle auf dem Rautenplan...

Schinkes Wermut-Wein zu haben in den Konsumvereinen.

Volksbuchhandlung Dresden, Zwingerstr. 11. Illustrierter Neuester Welt-Kalender 1909 33. Jahrgang...

Butter sehr billig! Meins bekannt extraraine Tafelbutter kostet jetzt nur 1.15 M. das Pfd.

Max Nieke nur 23 Webergasse 23 Fernsprecher 4373. Villalen unterhalb ich nicht.

Billigste Einkaufsquelle! Guterhalt, getragen Herren-Jackets 2 Pfd., herrlichste etc.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1909. Geb. 60 Pf. Porto 10 Pf. Ein nützlicher Kalender...

140 Marabu-Stolen zu verkaufen, 24 kostet eine Stola 2 m lang, 4 hoch, 5 bis 8,50 W.

Potschappel. Befestigung auf die Dresdener Volkszeitung sowie sämtl. Partei-Literatur...

Achtung! Ausschneiden! Billige gute Schuhwaren Vom Weihnachtswertverkauf geliebt...

Frauenlobs Buch- u. Papier Handlung Dresdenstr. 44. Schuhwaren kauft man gut und billig bei Kraft, Paul-Gerhard-Str. 3.

Baptist Binder's Kolportage-Buchhandlung Dresden: Pöbtan, Wernerstr. 36, 11. empfiehlt sich zur Annahme von Abonnements...

Mutterspritzen. Schulkannen v. I. R. an. Verbinden und alle hygienischen Frauenartikel.

Möbelmagazin S. Roßner Marktstraße 4, Ecke, empf. arsch. Lager solide, mod. echt. u. imit. Möbel fem. Kommoden.

Jurisch gelehrt vom Grade meiner unvergesslichen Gattin, unsere guten Mutter Frau Marie Hanisch geb. Franke...

Aepfel. Empfohlen billig. Edmund Richter, Postfach 13. Aufpolstern! Sofa und Matratzen...

Frau Heusinger. Am See 37. Ecke Dippoldsdorferplatz. Plaudelgeschicht Zirkustrasse 44.

Militer-Stiefel u. Schuhe neu u. getragen, nur bei H. Nicolai, Kl. Kirchstr. 31.

Neue Bekleidung. Herren in der neuesten Mode. Damen in der neuesten Mode. Kleider, Jacken, Mäntel...

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 13 Dresden 18. Januar 1909

Prostitutionsprobleme im Ausland

Mit obigen Thema befaßte die Dresdner Lesegruppe des Deutschen Vereins für Sozialwissenschaftliche Arbeit am Freitag eine Versammlung, in der Professor Dr. H. G. H. ...

Die Begriffe sind die Schilderung der Verhältnisse in ...

In Österreich-Ungarn ist besonders ...

Die Dänische ...

mit dem Prostitutionsprobleme befaßt. Die nähere Untersuchung ergab ...

Was älteste ist ...

Zur ...

Die am 15. Januar 1909 im ...

Erich Hetebrint

Roman von Gise Japan

Mein Erich ...

Ich ...

aus ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

